



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 556 / 2013

Kiel, Freitag, 13. Dezember 2013

Verkehr / PKW-Maut

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Diese Maut ist völliger Unsinn

In seiner Rede zu Top 21 (PKW-Maut) erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wie das so ist, beim schwarz-roten Koalitionsvertrag gibt es aus unserer Sicht natürlich viele Dinge zu kritisieren: Die Ungerechtigkeit gegenüber der jungen Generation, die Beibehaltung der Kalten Progression und des Kooperationsverbotes, die weiter stark steigenden Energiekosten oder die Vorratsdatenspeicherung, über die wir bereits gestern debattiert haben. Nun ist es nicht mein Stil, den Sozialdemokraten vorzuhalten, dass sie ihre Bürgerversicherung nicht durchsetzen konnten oder das Betreuungsgeld und der verringerte Mehrwertsteuersatz für das Beherbergungsgewerbe nicht abgeschafft werden.

Für Schleswig-Holstein ist angesichts der Nähe zu unseren dänischen Nachbarn vielmehr die im Koalitionsvertrag verankerte PKW-Maut ein Thema, zu dem sich dieser Landtag aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt klar positionieren sollte. Die PKW-Maut für Ausländer – oder für wen auch immer – ist schlichtweg eine Farce: Beim großen TV-Duell vor der Wahl sagte die Bundeskanzlerin, dass es mit ihr keine PKW-Maut geben werde. Ihr Kontrahent Peer Steinbrück hat dies im Wahlkampf ebenfalls bei jeder Gelegenheit erklärt. Einzig und allein die bayerische Regionalpartei forderte als Wahlkampfslager unentwegt die fragwürdige PKW-Maut für Ausländer und am Ende soll es nun – um die europarechtliche Klippe zu umschiffen – eine Autobahn-Maut für alle PKW geben.

Angeblich wollte sie kaum jemand haben und dennoch hat die Arbeitsgruppe Verkehr unter der fleißigen Mitarbeit von Ministerpräsident Albig, ohne ein wirkliches Konzept für die Umsetzung zu haben, die PKW-Maut für Ausländer in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Und während der Ministerpräsident und der SPD-Landesvorsitzende unentwegt für den neuen Koalitionsvertrag inklusive PKW-Maut wer-

ben, erklärt uns Verkehrsminister Meyer im Wirtschaftsausschuss freimütig, dass es aus seiner Sicht weder ein praktikables noch ein rechtsicheres Modell gäbe und er deshalb von diesem Vorhaben überhaupt nichts halte, womit er sich immerhin treu bleibt.

Da offenbar auch nach den Koalitionsverhandlungen nicht alle zukünftigen Koalitionäre restlos von der Sinnhaftigkeit dieses Projekts überzeugt waren, wurden drei wirklich bemerkenswerte Bedingungen für die Umsetzung vereinbart: Die Maut soll unterm Strich mehr Einnahmen bringen als sie kostet, sie soll europarechtskonform sein und niemanden im Inland mehr belasten.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, aber um meiner Argumentation zukünftig noch mehr Wucht zu verleihen, habe ich ein neues rhetorisches Stilmittel für mich entdeckt: Ich zitiere neuerdings gern große Philosophen. Gestern war es Heraklit, heute möchte ich gern Ralf Stegner zitieren, der kurz nach dem Ende der Verhandlungen erklärte, die PKW-Maut sei durch die diese drei Bedingungen so wahrscheinlich geworden sei wie das Zusammenfallen von Weihnachten und Ostern an einem Tag.

Wer schon diese drei Bedingungen vereinbaren und den alten Gag mit Ostern und Weihnachten an einem Tag bemühen muss, der sagt doch – zu Recht – nichts anderes, als dass diese Maut völliger Unsinn ist. Das könnte uns als Opposition eigentlich ja auch egal sein, das Problem ist nur, dass dieser Plan großen Schaden anrichtet – allein schon, weil er unser Ansehen im benachbarten Ausland gefährdet.

Eine Idee, die anstatt ein Problem zu lösen viel Aufwand verursacht, sich unterm Strich kaum oder gar nicht rechnet, aber schon jetzt zu einem verheerenden Imageverlust im Ausland führt, ist ein Debakel. Was im Grenzgebiet zu Österreich aus bekannten Gründen gut ankommen mag, ist mit dem europäischen Gedanken nach unserer Auffassung nicht vereinbar. Die Niederländer haben bereits angedroht, vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Maut zu klagen und was unsere dänischen Nachbarn von dieser Gebühr für die Nutzung unserer öffentlichen Infrastruktur halten, konnten wir in den vergangenen Wochen lesen. Wir haben hier großes Verständnis für unsere dänischen Nachbarn, denn immerhin ist Deutschland bzw. Schleswig-Holstein für sie das Tor zum Rest Europas. Ich bin deshalb auch sehr gespannt, wie sich der SSW in dieser Frage positioniert. Nach Berechnungen des ADAC zahlen unsere europäischen Nachbarn über die Mineralölsteuer und die anderen damit verbundenen Steuern bereits mehr als doppelt so viel, wie sie Nutzungskosten auf unseren Straßen verursachen. Es widerspricht dem europäischen Gedanken, unsere hausgemachten Infrastrukturprobleme dadurch zu lösen, dass man bei unseren europäischen Nachbarn abkassiert. Das ist kleingeistig und peinlich und da die CDU-Fraktion mit ihrem Änderungsantrag ja nun voll auf CSU-Kurs ist, würde mich schon sehr interessieren, wie sich der CDU-Landesvorsitzende und

Europaabgeordnete Reimer Böge dazu positioniert. Ich kann mir kaum vorstellen, dass er dies gutheißt.

Hinzu kommen die rechtlichen Bedenken, die zusätzliche Bürokratie und die Tatsache, dass die PKW-Maut der Einstieg in ein System wäre, dass immer mehr die Mobilität der breiten Masse verteuert. Die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die eine staatliche Kernaufgabe ist, muss schlichtweg stärker aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden.“